

NEKANE IST FREI!

Für alle kam es dann doch sehr überraschend: Am 15. September 2017 wurde Nekane Txapartegi aus der Auslieferungshaft entlassen. Juristisch war die Entlassung das Ergebnis einer Strafreduktion: Im Februar entschied die Audiencia Nacional, das zentrale Strafgericht des spanischen Staates, die Haftstrafe von 6 Jahren 9 Monaten auf 3 Jahre 6 Monate zu reduzieren. Im Sommer stellten Nekanes AnwältInnen den Antrag, die Verjährung der Strafe festzustellen, was die Audiencia im Februar irgendwie vergessen hatte. Und dann ging alles plötzlich sehr schnell: Es dauerte nur wenige Wochen, bis das Gericht am 14. September entschied, dass die reduzierte Strafe verjährt sei. Gleichzeitig wurde das Einverständnis der Oberinstanz eingeholt (und so die Rekursfrist umgangen), um die sofortige Aufhebung des Auslieferungsersuchens und der Haft anzuordnen. Schon am nächsten Tag wurde dies nach Bern mitgeteilt, worauf Nekane nach 17 Monaten Auslieferungshaft freigelassen wurde.

Der Vorgang hatte punkto Inhalt und Geschwindigkeit eine selten zu bewundernde Eleganz. Das Thema Folter war sofort vom Tisch, eine mögliche Verurteilung durch die UN-Antifolterkommission ebenso. Die Schweiz, die einmal mehr brav und treu den Auslieferungsforderungen gefolgt war, war nun aus dem Schneider, und Spaniens Guardia Civil war sowieso schon mit den Einsatzplänen in Katalonien genug beschäftigt. Und alles im Rahmen bestehender Gesetze, die mit dem notwendigen Augenmass angewandt wurden.

So seltsam diese Lösung erscheint – Nekanes Freilassung wäre nicht vorstellbar ohne die Solidarität, die sich auf vielfältige Weise manifestierte und beharrlich lauter wurde. Von internationalen Organisationen für den Kampf gegen Folter, die die Schweiz vor einer Auslieferung warnten, über mehrere ExpertInnen, die ihre Meinungen und Gutachten schrieben, zu all jenen, die im persönlichen Gespräch Frau Sommaruga vom Pfad der Tugend überzeugen wollten. In mehreren Städten gab es Demonstrationen und Informationsveranstaltungen, speziell beim Gefängnis auch immer wieder lautes Feuerwerk, was Nekane speziell freute. Ganz leise, aber mindestens ebenso wichtig war die ruhige Unterstützung im Hintergrund: die Betreuung der Familienmitglieder, zum Beispiel bei den Besuchen, die Organisation der Geschenkpakete für Nekane, und viele kleine und nicht so kleine Arbeiten, die doch eine konstante Aufmerksamkeit verlangten. Nur durch das gemeinsame Ziel und das Akzeptieren der Verschiedenartigkeit von AkteurInnen und Herangehensweisen war es möglich, gemeinsam mit den engagierten AnwältInnen sogar ein so blockiertes Thema wie die Folter Spaniens zum Thema zu machen.

Wer neben der Freude um die Freilassung Nekanes sich auch ein wenig ärgert, dass sich



**Solidarité
sans
frontières**

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

Nr. 4, DEZEMBER 2017

WWW.SOSF.CH



**Der Schnee hält den Marsch nicht auf!
Hier auf dem Weissenstein oberhalb von
Solothurn.**

Vom 14. Oktober bis zum 10. Dezember 2017 führte der «Bainvegni Fugitivs Marsch» durch die ganze Schweiz. Auf 1000 Km, unterteilt in 50 Etappen, haben die Beteiligten die Öffnung der Grenzen verlangt, das Ende der Ablehnung, das Ende einer Politik der Kontrolle und Verfolgung der Asylsuchenden.

**Neue
französische Härte**
Macron gegen die MigrantInnen

Seite 2

**Krieg gegen
Geflüchtete**
Nordafrika

Seite 4

**Medien
und Migration**
Treffen mit drei JournalistInnen

Seiten 5-8

die Schweiz so einfach aus dieser Affäre ziehen konnte, kann die freiwerdende Energie auch immer noch auf dem Thema einsetzen: Die Anwendung des Istanbul-Protokolls, des Handbuchs für die wirksame Untersuchung und Dokumentation von Folter etc., ist trotz Lippenbekenntnissen der Justizministerin noch keinen Schritt weiter. Die Affäre Txapartegi ist für uns nicht beendet, bis diese Gutachten bei Folttervorwürfen in Asylverfahren standardmässig angeordnet werden.

Rolf Zopfi, augenauf

Die neue französische Härte

Die Regierung Macron nimmt auf, um besser ausschaffen zu können.

Bei einer Feier zur Erteilung der französischen Staatsbürgerschaft in der Präfektur von Orléans am 27. Juli dieses Jahres, machte der neu gewählte Staatspräsident Emmanuel Macron kategorische Aussagen zu seiner Flüchtlingspolitik: «Bis Ende Jahr will ich niemanden mehr auf der Strasse oder in den Wäldern sehen.» Mit fünf Massnahmen sollte das erreicht werden: mit Notunterkünften auf dem gesamten Territorium, mit einer umgehenden Erfassung der Ankommenden, einer Beschleunigung der Asylverfahren (maximal sechs Monate), mit einem Auftrag an das Amt für Flüchtlinge und Staatenlose (OFPPA), nicht nur in den «Hotspots» von Italien aktiv zu werden, sondern auch im Niger und im Tschad und schliesslich mit der Schaffung neuer «Hotspots» in Libyen.

Präsident Macron wollte so die Lücken des «Plan migrants» füllen, den sein Premierminister am 12. Juli vorgestellt hatte: Der Plan besteht im Wesentlichen aus Rückschaffungen gemäss der Dublin III-Verordnung und den Vollzug von Ausschaffungen in die Herkunftsländer, sobald ein Asylgesuch abgelehnt wird. Die neue Regierung stellte zwar die Schaffung neuer Unterkünfte in Aussicht (momentan leben 40 Prozent der Asylsuchenden ausserhalb), aber in völlig ungenügender Anzahl: 4000 für 2018, 3500 für 2019.

Auf Ebene der Migrationspolitik ist noch mit einem dritten Akteur zu rechnen: Innenminister Gérard Collomb. Der ehemalige Bürgermeister von Lyon hat sich mehrfach dadurch

hervorgetan, dass er – unter dem Vorwand der Bekämpfung von Schlepperbanden – albanische Flüchtlingsfamilien aus Parks vertreiben oder von Roma besetzte Häuser gewaltsam räumen liess. Nur widerwillig liess er jene Flüchtlinge aufnehmen, die nach der Auflösung der Camps und des «Dschungels» von Calais «umgesiedelt» werden sollten. Seine doppelte Motivation: «das Asylrecht im engeren Sinne respektieren» und die «Wirtschaftsflüchtlinge» ausschaffen. Das bekräftigte er auch in seiner neuen Rolle als Innenminister in einem Interview mit dem Journal du Dimanche am 8. August: Mit einer Politik, die «Effizienz und Grosszügigkeit» paart, wolle man einerseits jene aufnehmen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, andererseits die Rückreise jener organisieren, die «andere Gründe, insbesondere wirtschaftliche» haben.

Unter Macron orientiert sich Frankreich an der Politik der «Hotspots», jenen Aussortierungszentren, die Angela Merkel und François Hollande im Herbst 2015 ins Leben gerufen haben. Sie wurden zuerst Griechenland aufgezwungen, das über die Türkei von einer Flüchtlingswelle aus Syrien, aber auch aus Afghanistan und dem Irak, überrollt wurde. In behelfsmässigen Unterkünften, die bald einmal zu geschlossenen und überfüllten Lagern mit unhaltbaren sanitären Zuständen wurden, wird nach wie vor sortiert: hier Flüchtlinge (Personen, die ein Asylgesuch stellen können) und dort Migranten (unterschwellig Wirtschaftsflüchtlinge), die möglichst schnell ausgewiesen werden sollen.

«Ich will überall, von der ersten Minute an, eine behördliche Erfassung, die Auskunft darüber gibt, ob ein Asylgesuch möglich ist oder nicht, und danach eine echte Politik der Ausschaffung», erklärte Macron in seiner Rede vom

27. Juli. Diese Praxis will der Präsident auch nach Libyen exportieren, wo Migrantinnen und Migranten zu überleben versuchen, bevor sie die Weiterreise übers Mittelmeer antreten. 2015 starben dabei 3771 Menschen, fast 5000 im Jahre 2016 und 2556 bis Ende August 2017. In Libyen leben MigrantInnen in Camps, die Konzentrationslagern gleichen, werden schamlos ausgenutzt, sind Opfer von Banden, von Schlägen und Verletzungen, von Vergewaltigungen, all das gepaart mit einem grenzenlosen Rassismus.

Macrons Vorschlag ist ein neuer Versuch, die Grenzen Europas zu externalisieren; er reiht sich ein in die infame Verantwortungslosigkeit, die im März 2016 zum Deal zwischen der EU und der Türkei geführt hat.

Wie sieht das nun in der Realität aus? Nach der Räumung und Zerstörung des staatlichen Bidonvilles in Calais, das am Ende mehr schlecht als recht 8000 Migranten Unterschlupf gewährte, die dann auf Aufnahme-

zentren quer durch Frankreich verstreut wurden, sind die Vertrieben zurückgekehrt – auch die unbegleiteten Minderjährigen. Sie sind Zielscheibe einer ständigen Repression durch die Bereitschaftspolizei CRS, die im Juni zweimal vom neuen Innenminister zur Unterstützung der örtlichen Polizei dort hinbeordert wurde: Man kappt ihnen die Wasserleitungen, setzt Tränengas gegen sie ein, zerstört jeden Ansatz eines neuen «Dschungels». All dies geschieht trotz der eindringlichen Ermahnungen des Ombudsmannes (s. unten) Jacques Toubon. Der Innenminister hat jetzt wenigstens die Schaffung von zwei örtlichen Aufnahmezentren in Aussicht gestellt, allerdings mit zu wenig Platz (je 150 Personen) und in sicherer Distanz von Calais und Dunkirchen.

« In der Gegend um Calais, in Paris, im Tal der Roya bis hinunter nach Nizza haben sich seit mehreren Jahren unzählige Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Organisationen zusammenschlossen. Sie sagen öffentlich und mit ihren Taten: Nein! »

Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt der Ausländer und Asylrecht, Art. L622 Abs. 1

Jede Person, die durch direkte oder indirekte Beihilfe die Einreise, Bewegung oder den Aufenthalt eines Ausländers ermöglicht, wird mit Haft von fünf Jahren und einer Busse von 30 000 Euro bestraft.

Wie erwartet sind viele der Vertriebenen der Camps und des Dschungels von Calais in Paris gestrandet. Man findet sie vor allem an der Porte de la Chapelle, auf den Strassen und Trottoirs rund ums Empfangszentrum, das auf Anordnung von Bürgermeisterin Anne Hidalgo eingerichtet wurde und von Emmaus geführt wird. Pro Tag gibt es rund 50 Neuankommlinge. Auf Befehl der Pariser Präfektur werden immer wieder repressive Massnahmen gegen jene ergriffen, die nicht im Zentrum aufgenommen werden können: Schranken gegen die Warteschlange, die sich vor allem gegen Abend bildet, Räumung der Trottoirs und jedes Anscheins von Obdach, Zerstörung der wenigen Effekten der MigrantInnen, Aufrechterhaltung einer menschenunwürdigen sanitären Lage.

Die oft von Kindern begleiteten Migrantinnen und Migranten, die in der Region von Ventimiglia versuchen, über die Grenze zu kommen, werden systematisch zurückgeschickt, ohne die geringste Möglichkeit, ein Asylgesuch zu stellen. Viele von ihnen wollen zu ihren Familien in Frankreich oder Nordeuropa und kommen hier vorbei, weil die Balkanroute seit mehr als einem Jahr dicht ist. Gleichzeitig werden jene, die im Tal von Roya versuchen, den MigrantInnen zu helfen und ihnen eine provisorische Unterkunft zu besorgen, eines Vergehens gemäss dem neuen Art. 622 Abs. 1 des Ausländer- und Asylgesetzes (Ceseda, s. unten) angeklagt: des Straftatbestands der Solidarität. Am vergangenen 8. August wurde Cédric Herrou, ein militanter Bauer, der auf seinem Hof MigrantInnen Unterschlupf gewährte, von der Staatsanwaltschaft von Aix-en-Provence wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung zu vier Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er hatte insbesondere für rund 500 Eritreer die Besetzung eines verlassenen Gebäudes der Staatsbahnen SNCF organisiert sowie auf italienischer Seite der Grenze MigrantInnen per Autostop aufgenommen und nach Frankreich gebracht. Kurz vor seiner Verurteilung wurde Cédric Herrou erneut festgenommen, diesmal im Bahnhof von Cannes, wo er 156 MigrantInnen zur Registrierung nach Marseille begleiten wollte. Nach längerem Polizeigewahrsam eröffnete die Staatsanwaltschaft von Grasse eine strafrechtliche Untersuchung gegen ihn, erneut wegen Beihilfe zur illegalen Immigration. Pierre-Alain Mannoni, Ingenieur an der Universität Nizza, sieht sich seinerseits mit einem Strafverfahren konfrontiert, weil er drei MigrantInnen aus Eritrea, darunter einer Minderjährigen in desolatem Zustand, beigegeben ist.

Gleich wie man es mit den verschiedenen NGOs tut, die sich für die Rettung der Flüchtlinge einsetzen, die von libyschen Schleppern in engen Booten zusammengepfercht, das zentrale Mittelmeer zu überwinden suchen, versucht man jetzt auch all jene einzuschüchtern und zu kriminalisieren, die sich für diese Mitmenschen

AUSSCHAFFUNGEN NACH FRANKREICH

Wartezeiten

«Die im Namen von Dublin ausgeschafften Asylsuchenden landen manchmal auf der Strasse», lautete der Titel einer Reportage von RTS am 27. Oktober 2017. Wegen der langen Wartezeiten zur Einreichung eines Asylantrags in Frankreich – so der Bericht – müssen Personen, die aufgrund der Dublin-Verordnung dorthin ausgeschafft werden, oft mehrere Monate ohne jegliche staatliche Unterstützung auskommen. Wenn Asylsuchende in einer französischen Stadt ankommen, müssen sie sich zunächst bei einer «Empfangsplattform», einem im staatlichen Auftrag arbeitenden Verein anmelden – um dann einen Termin bei der Präfektur zu vereinbaren, wo schliesslich das Asylgesuch gestellt werden kann. Solange der Antrag nicht registriert wird, erhalten die Betroffenen weder Nothilfe noch Unterkunft in einem staatlichen Zentrum. Von Gesetzes wegen beträgt die Frist maximal drei Tage. Im Fall von Christophe, den RTS bei seiner Rückschaffung nach Nizza begleitete, betrug sie aber drei Monate. Die Situation ist in anderen Regionen auch nicht besser. In Rouen dauert es manchmal mehr als 10 Tage. Wie das Gisti (grou-

pe d'information et de soutien des immigrés) sagt, müssen Asylsuchende in Paris manchmal vier Monate oder länger warten, bevor sie ihr Gesuch stellen können.

167 Personen hat die Schweiz 2016 gemäss Dublin-Verordnung nach Frankreich ausgeschafft. Gegenüber RTS erklärte die zuständige Person beim SEM: «Die Verantwortlichkeit der Schweiz erlischt in dem Moment, in dem eine Person den Behörden des Ziellandes übergeben wird.» Die Schweiz mag nicht verantwortlich sein, aber sie handelt verantwortungslos, wenn sie Menschen in Städte zurückschafft, wo sie mehrere Monate auf der Strasse schlafen müssen.

Wenn Sie Personen kennen, die nächstens nach Frankreich ausgeschafft werden, und sie ihnen bei der Suche nach einer Unterkunft helfen wollen, hier zwei nützliche Adressen:

La Cimade: www.lacimade.org/

Jesuit Refugee Service: www.jrsfrance.org/

(io)

« **Die unbegleiteten Minderjährigen in der Nähe von Calais sind Zielscheibe einer ständigen Repression durch die Bereitschaftspolizei CRS: Man kappt ihnen die Wasserleitungen, setzt Tränengas gegen sie ein, zerstört jeden Ansatz eines neuen «Dschungels».** »

stark machen. In der Gegend um Calais, in Paris, im Tal der Roya bis hinunter nach Nizza haben sich seit mehreren Jahren unzählige Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Organisationen zusammengeschlossen. Sie sagen öffentlich und mit ihren Taten: Nein! Nein zu dieser Absage an die Menschlichkeit, wie sie die offizielle Politik der Ablehnung und Ausschaffung praktiziert. Nein zu diesem wahrhaften Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Jahr für Jahr Tausende Todesopfer im Mittelmeer fordert, nur weil man die Grenzen nach Europa, insbesondere nach Frankreich, für diese Emigranten dicht macht. Nein zu einschüchternden und repressiven

Massnahmen, deren Opfer die Helfenden ihrerseits sind. Nein zur generellen Weigerung, die wahren Gründe für die Migration anzugehen. Nein zu einer Welt, in der wirtschaftliche Globalisierung und neoliberale Ideologie das Sagen haben, in der Diskriminierung und Ungleichheit stetig zunehmen, all das zu Gunsten von Oligarchien, die entschlossen sind, ihre Privilegien mit allen Mitteln zu verteidigen.

Claude Calame

(Studiendirektor der École des Hautes Études en Sciences Sociales, Paris)

Der Krieg gegen Geflüchtete in Nordafrika

Am 12./13. 2017 November traf sich – dieses Mal in der Schweiz – die «Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer». Ziel der Gruppe sei die gefährlichen Überquerungen des Mittelmeers zu stoppen und Menschenleben zu retten, heisst es offiziell. Praktisch geht es einmal mehr um den Versuch Europas, die Grenzüberwachung nach Afrika vorzuverlagern.

Zwei Treffen hatte die Kontaktgruppe bereits hinter sich: das erste im März 2017 in Rom, das zweite im Juli in Tunis. Die europäische Seite vertraten an diesem dritten Treffen neben Gastgeberin Bundesrätin Sommaruga ihre AmtskollegInnen aus Frankreich, Österreich, Malta, Italien, Estland, das derzeit die Ratspräsidentschaft der EU innehat, sowie die EU-Kommission. Von afrikanischer Seite waren die Regierungen Libyens, Algeriens, Tunesiens, Malis, Nigers und des Tschad präsent. Laut der in Rom verabschiedeten «Declaration of Intent» soll die Kontaktgruppe «die Herausforderungen in Bezug auf die verschiedenen Migrationsströme von Afrika nach Europa über die Mittelmeerroute diskutieren». Von gemeinsamen Werten wie «Humanität, Gastfreundschaft und Respekt von Menschenrechten» war in der Erklärung die Rede. Jenseits der luftigen Worte geht es jedoch um die Verhinderung der irregulären Migration, um die Verringerung der Zahl der über das Mittelmeer ankommenden MigrantInnen, um die Ausbildung und Aufrüstung von Grenzpolizeien und um vereinfachte Rückschaffungen.

Lager in Libyen

Die meisten MigrantInnen, die derzeit in Europa ankommen, starten die Überfahrt über das Mittelmeer von Libyen aus. Bis zu einer Million MigrantInnen sollen sich noch in Libyen aufhalten, viele von ihnen sind in Lagern interniert. Und

in diesen von Milizen betriebenen eigentlichen Privatgefängnissen herrschen «KZ-ähnliche Zustände». Das ist der Befund, den die deutsche Botschaft in Niger Anfang dieses Jahres in einem «Drahtbericht» an das Ausserministerium in Berlin meldete. Der Bericht, den die Zeitung «Welt am Sonntag» am 27. Januar auszugsweise veröffentlichte, spricht von «allerschwersten, systematischen Menschenrechtsverletzungen». «Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste» seien an der Tagesordnung. Im August veröffentlichte das britische Hilfswerk Oxfam die Ergebnisse seiner Befragung von 158 MigrantInnen, die es bis nach Sizilien geschafft hatten: 80 Prozent aller Befragten berichteten über Folter und Morde in den libyschen Lagern. Fast alle interviewten Frauen waren Opfer von Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Gewalt geworden. In einer Reportage für die Süddeutsche Zeitung (9. Juni 2017) berichtete Michael Obert von speziellen Lagern für Männer, in denen die Gefangenen auf kleinstem Raum in den eigenen Exkrementen leben – oder sterben.

Europas schmutzige Deals mit Libyens Küstenwache

Diese Zustände sind auch den europäischen Regierungen bekannt. Dennoch machen weder die EU noch die Schweiz Druck, um diese Lager

zu schliessen. Zu wichtig ist ihnen die Rolle Libyens als Türsteher der Festung Europa. Beim Gipfeltreffen der EU am 3. Februar 2017 in Malta, an dem auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga teilnahm, formulierte man vielmehr als Ziel, mehr «angemessene Aufnahmekapazitäten in Libyen» zu schaffen, und begrüßte die tags zuvor mit der libyschen Regierung vereinbarte Finanzierung solcher «Kapazitäten» durch Italien. Um die Zahl der in Europa ankommenden MigrantInnen zu senken, soll vor allem die «lybische nationale Küstenwache» ausgebildet und ausgerüstet werden. Dies macht die EU bereits seit letztem Jahr im Rahmen ihrer Marineoperation «Sophia». Italien entsandte im August eine Marinemission, die dieser Küstenwache helfen soll, Boote mit MigrantInnen im Mittelmeer abzufangen und nach Libyen zurückzubringen. Während die italienische Regierung die Seenotrettung durch NGOs einem «Code of Conduct» unterwarf, hat die libysche Küstenwache mehrfach Schiffe dieser NGOs beschossen.

Tatsächlich besteht diese «nationale Küstenwache» aus bewaffneten Warlords, die Teilgebiete Libyens kontrollieren. Der Reporter Michael Obert war mit Kommandant Al Bija unterwegs, um Boote mit Geflüchteten zurück nach Libyen zu bringen. Sein Fazit: «Al Bija hat keinen legitimen Auftrag, er ist von keiner Regierung legitimiert, niemand kontrolliert ihn. Er ist der einzige, der Europa als Küstenwache westlich von Tripolis zur Verfügung steht». Dennoch erhielt diese Truppe von der EU jüngst 200 Millionen Euro. Weitere 46 Millionen fliessen ihr über die Operation Sophia zu, die bis 2018 weiterläuft.

Mehr Kontrolle möchte die EU nicht nur an den Küsten, sondern auch an den libyschen Südgrenzen und in den Staaten im Innern Westafrikas. Auch hier sind neben Frontex europäische Militärmissionen an der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe beteiligt.

Sommarugas Reisen

In Zeitungsinterviews zeigt sich Bundesrätin Sommaruga bewusst über die Ausbeutung Afrikas durch Europa. Im Oktober war sie in Niger unterwegs. Die Schweiz investiert dort nicht nur in den Aufbau nachhaltiger Landwirtschaft, sondern auch in Aufnahme- und Transitzentren für die Menschen, die nach Europa wollen – in Auffanglager, irgendwo in der Wüste.

Unter dem Motto «benennen, bekämpfen und stören» riefen AktivistInnen zu Aktionstagen gegen das Treffen der «Kontaktgruppe» auf – mehr dazu im nächsten Bulletin.

(Wi)

Mehr Infos zu den Aktionstagen:

<https://barrikade.info/>

Keinen-Fussbreit-den-Menschenjagerinnen-488



«Bainvegni Fugitivs Marsch»:
Der gesamte Parcours der Marschierenden:
1000 km aufgeteilt
in 50 Etappen.

Eine kleine Medienschelte

Wer heute deutsche Zeitungen vom August 2015 durchblättert, wird sich die Augen reiben. Bis hin zu den Boulevard-Blättern hatte sich die «Willkommenskultur» breit gemacht. Die Themen Migration und Asyl hatten plötzlich eine ungekannte Leichtigkeit und Offenheit. Die Flüchtlinge, die in diesen Wochen am Bahnhof in München ankamen und von der Bevölkerung geradezu überschwänglich begrüsst wurden, galten auch in den Medien nicht mehr als Bedrohung. Und das obwohl sie zu Tausenden kamen und damit eigentlich perfekt in das Schreckensbild vom «Massenansturm» passten, das zuvor sowohl die politischen Debatten als auch grosse Teil der Berichterstattung geprägt hatte. Noch im Oktober 2015, als Regierung und Parlament längst dabei waren, an der asyl- und ausländerrechtlichen Schraube zu drehen, konnte man in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen lesen, dass die massenhafte Ankunft von Asylsuchenden für die deutsche Ökonomie geradezu einen Glücksfall darstellten und die Konjunktur weiter antrieben. Spätestens nach der «Kölner Sylvesternacht» jedoch waren die schönen Zeiten der Offenheit definitiv vorbei. Der Ausnahmefall war beendet, die Normalität kehrte zurück.

Zum Beispiel «Dichtestress»

Der kurze, glückliche «Sommer der Migration» in Deutschland blieb in den schweizerischen Medien eine – wenn auch beeindruckende – Auslandsnachricht. Auf den Inlandsseiten regierte dagegen weiterhin der Normalfall, in dem Migration und Asyl vor allem als Problem auftauchen und Asylsuchende und MigrantInnen – von Ausnahmen abgesehen – als diejenigen, die Probleme machen: von der Unterbringung bis hin zu ihrer Integration.

Die Gründe für diese Wahrnehmung sind einerseits in der politischen Landschaft der Schweiz zu suchen: Wenn eine Partei wie die SVP rund dreissig Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt, wenn die «Mitte»-Parteien sich regelmässig auf ihre Argumentationen einlassen, dann finden ihre Positionen, Themen und Begrifflichkeiten auch in den Medien Widerhall. Kein Wunder also, dass der «Dichtestress» während des Abstimmungskampfes um die «Masseneinwanderungsinitiative» ins journalistische Vokabular (vor allem der deutsch-schweizer Medien) vordrang oder dass sich Lieblingsthemen der Blocher-Partei wie «Ausländerkriminalität» oder «Sozialhilfemissbrauch» (durch AusländerInnen) beharrlich auf den oberen Rängen der medialen Agenda halten.



**Solidarité
sans
frontières**

**DOSSIER 4 – 2017
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

DEZEMBER 2017

MEDIEN UND MIGRATION



Die Gruppe der Marschierenden in Graubünden

Die andere Seite sind die Bedingungen in der Medienbranche selbst: die zunehmende Schnelligkeit der Produktion, die die Zeit für Recherchen verkürzt, der Aufstieg des online-Journalismus, der von der Zahl der Klicks lebt und damit «schnackige Geschichten» begünstigt, und nicht zuletzt: dass nach wie vor Menschen mit Migrationsgeschichte und damit einer anderen Perspektive auf den Redaktionen fehlen.

(Bu)

Bulletin 4 – 2017

Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
www.sosf.ch

sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
PC 30-13574-6

IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6
BIC POFICHBEXXX

MIGRATIONSTHEMEN UND DIE LOGIK DER MODERNEN MEDIEN

Kleine Rucksäcke und gefährliche Terminologien

*Wie wird über MigrantInnen und Asylsuchende
berichtet und was hat das mit den Arbeitsbedingungen
der JournalistInnen zu tun?*

Susan Boos und Nick Lüthi geben Auskunft.



Susan Boos ist Redaktionsleiterin der Wochenzeitung WOZ und besorgte in den 80er und 90er Jahren deren Asylberichterstattung.

Nick Lüthi ist Redaktor der «Medienwoche» und Dozent am Medienausbildungszentrum MAZ. In den Nullerjahren redigierte er das Bulletin von Solidarité sans frontières.

Sosf: Wenn ich sonntags die Zeitungen aus dem Kasten hole, habe ich immer Angst, dass mich eine Schlagzeile über «Ausländer und Kriminalität» anspringt. Kennt Ihr dieses Gefühl auch?

Nick Lüthi: Diese Angst kenne ich. Die Artikel der Sonntagszeitungen beruhen häufig auf einer dünnen Faktenlage. Das ist nicht nur bei Asyl- und Migrationsthemen so. Die Neuigkeit ist klein, aber die Aufmachung gross. Die Sonntagszeitungen suchen immer noch nach dem Primeur. Aber der hat sehr an Wert verloren, weil er von den Konkurrenzmedien sofort aufgegriffen wird. Und die Sonntagszeitungen, die vor fünf Jahren noch ein boomender Markt waren, werden heute nach und nach geschlossen oder umgewandelt. Die «Ostschweiz am Sonntag» gibt es zum Beispiel nur noch digital.

Susan Boos: Gehässige Tonlagen gibt es nicht nur sonntags. Und es gab sie auch schon in den 90er Jahren, als ich für die WOZ Asylthemen bearbeitet habe. Getrieben von den Sozialen Medien ist da aber etwas Neues hinzugekommen. Man ist nicht a priori fremdenfeindlich, aber man platziert irgendwas, um Wirbel zu erzeugen.

«**Es gibt immer weniger Redaktoren, die eine Dossiersicherheit aus einem früheren Beruf oder einem früheren Engagement mitbringen.**»

NL: Social Media sorgt vor allem branchenintern für einen Hype. Und dann hast du spiegelbildlich die ganze Online-Publizistik, die geradezu nach Emotionen schreit. Sie lebt von Werbung und braucht deshalb Reichweite und damit Themen, die angeklickt und gelesen werden. Bei allem, was mit dem Fremden zu tun hat, lassen sich Ressentiments bewirtschaften. Und die Betroffenen können sich nicht wehren. Wirtschaftsthemen wären auch skandalisierbar, aber da steht vielleicht am nächsten Tag der Anwalt auf der Matte. Das Themenfeld Migration kommt den Geschäftslogiken der modernen Medien zu pass.

Sosf: Was für eine Rolle spielen da die rechten Ideologen?

NL: Man darf die Wirkung der SVP-nahen Medien wie der «Weltwoche» oder der «Basler Zeitung» (BaZ) nicht unterschätzen. Deren Auflagen- und Leserzahlen sind zwar gesunken. Aber unter Journalistinnen und Journalisten haben die eine enorme Strahlkraft. Wenn die «Weltwoche» am Mittwoch online erscheint, kann es sein, dass

der «Blick» noch am Mittwochabend eine ihrer Geschichten als Top-Meldung aufmacht. Die Ideologen finden ihre willigen Helfer bei den nicht-ideologischen Journalisten.

Sosf: Warum ist das so?

SB: Die nehmen das gar nicht mehr als ideologisch wahr, sondern nur als knackige Geschichte. Schon in den 90er Jahren gab es Tabu-Brüche, aber in der Zwischenzeit hat niemand mehr das Gefühl, dass da Tabus gebrochen werden. Man nimmt vielmehr etwas auf. Nach dem Motto: «Da wird man doch mal drüber reden dürfen.» Man sieht das an der Kopftuchdebatte, wo der Feminismus ausgespielt wird gegen die tolerante Linke, die angeblich alles durchwinkt. Die realen Probleme, die es da vielleicht in den Familien gibt und die nicht mit dem Verbot eines Kleidungsstücks zu lösen sind, fallen unter den Tisch.

NL: Hinzu kommt die Normalisierung der SVP. Die Partei ist stärker geworden, hat aber ihre Positionen nicht abgemildert. Viele Journalisten denken im Sinne eines trivialen Demokratieverständnisses, so eine grosse Partei muss ja auch vorkommen. Ich finde es zwar gut, dass man über die SVP reden kann, ohne gleich den Weltuntergang zu sehen. Aber ihre Macht ist natürlich gewachsen.

SB: Die Kehrseite ist die Schwäche der Linken. Aus der Fake News-Debatte wissen wir, dass es nichts bringt, falsche Fakten einfach zu korrigieren, weil man sie dann wiederholt. Man muss eine Gegenerzählung aufbauen. Aber die Linke ist vor allem damit beschäftigt, Verschärfungen abzuwehren. Wir sind uns einig, dass wir eine offene Schweiz wollen, aber bei der Frage der offenen Grenzen, wird es schon undeutlich. Das Fehlen einer linken Grunderzählung macht es den Rechten sehr einfach, den Rest vor sich herzutreiben – auch in den Medien.

NL: Die Kapazitäten reichen nicht, einen politischen und publizistischen Abwehrkampf zu führen und gleichzeitig an einem positiven Projekt zu feilen. Eigentlich müsste man beides tun. Ein Postulat wie «Grenzen auf» wirkt da schon etwas hilflos.

SB: Das muss nicht plakativ sein, aber es braucht vermittelbare zukunftsfähige Ideen. Zum Beispiel in Sachen Europa, das ja in der Migrationspolitik eine zentrale Rolle spielt. Die heutige EU ist eine Fehlkonstruktion. Aber wohin soll's denn gehen? Wir müssen an solchen Themen auch journalistisch rumhirnen, damit wir nicht ständig in diesem Abwehrkampf sind.

Sosf: Stichwort Normalisierung der Rechten: Philipp Müller war für mich immer der Erfinder der 18-Prozent-Initiative, über die im Jahr 2000 abgestimmt wurde. Der Überfremdungspropagandist mutierte irgendwann zum «Migrationsexperten» und dann zum Präsidenten der FDP. Dass der immer noch genauso argumentiert wie damals, müsste einem doch auffallen.

NL: In den 17 Jahren seit dieser Abstimmung haben sich die Koordinaten verschoben. Die Redaktionen wurden sehr verjüngt. Und die Jungen sind als Arbeitnehmer sehr praktisch. Die stellen wenig Forderungen, sind bereit viel zu leisten. Aber ihr Manko ist der zu kleine Rucksack. Es gibt immer weniger Redaktoren, die eine Dossiersicherheit aus einem früheren Beruf oder einem früheren Engagement mitbringen. Die Berufseinsteigerinnen und -einsteiger bringen heute zwar vermehrt einen Abschluss einer Journalistenschule mit, aber die Trittsicherheit in relevanten Dossiers fehlt. Und dann ist ein Herr Müller eben das, was er in der Gegenwart ist, und nicht, was er in der Vergangenheit mal war – und vielleicht bis heute ist.

SB: Wenn du den Müller googeln willst, musst Du eine Idee haben, sonst bist du total

verloren. Die Geschichte der Asylgesetzrevisionen bekommst du so auch nicht in nützlicher Frist zusammen. Wenn du nicht weisst, wie und wo Du suchen musst, brauchst Du einen Crash-Kurs, aber in den meisten Redaktionen hat niemand dafür Zeit. Die Praktikanten bei der WOZ – die vorher bei anderen Medien waren – sind richtig erstaunt, dass sich jemand die Zeit nimmt, ihre Texte zu redigieren. Aber bei den Online-Medien gibt es einen enormen Zeitdruck. Da hauen die Leute ihre Texte erst mal raus, Fehler werden im Nachhinein korrigiert. Das gibt eine ganz andere Haltung gegenüber dem Text.

NL: Da kommt dann noch der Aspekt der Terminologie hinzu. Die jungen Leute benutzen zum Teil Begrifflichkeiten, die sie gar nicht diskriminierend meinen. Der Klassiker ist sicher «Asylanten» statt «Asylsuchende». Da fehlt auch das, was du sagtest: dass sich jemand mit den Leuten hinsetzt und über die Wirkung journalistischer Sprache spricht. Viele Redaktionen lassen das einfach durchgehen. Es gibt immer weniger Kontrollstrukturen, die das Kleine und Feine, das einen Text ausmacht, im Auge behalten.

Sosf: Lange Zeit hatten die Medien ihre Spezialisten – nicht nur für Asyl und Migration? Gibt es solche Leute noch?

SB: Die moralischen Instanzen, die über Jahrzehnte hinweg ein Medium prägten, sind eine vom Aussterben bedrohte Gattung. Heute bleiben die Leute sechs, sieben Jahre im Journalismus und wandern dann ab in andere Jobs. Aber das ist nicht mal so das Problem. Wenn in den Redaktionen das Wissen eingefordert würde, dann wäre es auch da. Das sehe ich bei uns: Junge Journalisten, die sich für Asylthemen interessieren, eignen sich das Wissen in kurzer Zeit an. Leider ist aber in vielen Redaktionen die historische Tiefenschärfe verloren gegangen.

NL: Oder sie wird in Renommierprojekte ausgelagert. Tamedia zum Beispiel hat ein gut dotiertes Recherche-Desk. Die sind bei allen grossen internationalen Enthüllungen Teil davon. In anderen Ressorts kann man sich aber nicht wochenlang hinter ein Thema klemmen.

Sosf: Und wie sieht es mit dem Anteil der Migranten im Journalismus aus?

NL: Leute mit einer Migrationsgeschichte sind erstens immer noch eine Minderheit. Und zweitens sind sie nicht in Leitungsfunktionen. An der Basis fängt das langsam an sich zu ändern. Die Generation der jungen albanischen oder türkischen Journalisten kommt. Wichtig finde ich, dass man diese Leute nicht nur einstellt, weil man halt so tolerant ist und auch mal einem Türken oder einer Albanerin eine Chance gibt. Man muss in diesen Leuten auch eine Ressource erkennen und mit ihnen arbeiten. Es geht auch nicht darum, dass die immer die Ausländerthemen machen, genauso wenig wie Frauen immer auf Frauenthemen festgelegt werden dürfen. Das Bewusstsein auf den Redaktionen muss sich ändern. Die Normalität der Diversität fehlt noch. In Deutschland ist das schon länger ein Thema. In der Schweiz hapert das noch.

Sosf: «Vivre ensemble» hat in der Romandie ein «Comptoir des médias» aufgebaut. Was können Organisationen wie Sosf in der Deutschschweiz tun?

SB: Die Frage ist, über welche Kanäle man ins Spiel kommt. Aber es gibt ja Institutionen, die da Brücken bauen können: der Presserat oder Syndicom. Der Presserat hat zum Beispiel eine Anleitung herausgegeben, wie man über Suizide berichtet. Das ist ganz hilfreich, weil es eine Reflexion ermöglicht. In Sachen Migration und Asyl fehlt so etwas, aber es wäre längstens Zeit, so etwas zu entwickeln.

(Bu)

Ankunft in Basel und kleine spontane Demo



DAS «COMPTOIR DES MÉDIAS» - EINE GEBRAUCHSANWEISUNG

Ein waches Auge auf die Medien

Im Juni 2013, kurz nach der Abstimmung über die Asylgesetzrevision, gründete Vivre Ensemble sein «Comptoir des médias». Der damalige Abstimmungskampf war einmal mehr geprägt durch eine Fülle von Artikeln und Sendungen, die den herrschenden politischen Diskurs und die offiziell geschürte Panikstimmung wiedergaben. Die Organisationen der Westschweizer Asylbewegung hatten jedoch weder die Kraft noch die Instrumente, um Unwahrheiten und falsche Zahlen systematisch offen zu legen und zu korrigieren.

Weit verbreitet war und ist beispielsweise das Gefühl, es habe zu viele Flüchtlinge in der Schweiz oder diese hätten kein Recht, hierher zu kommen. Bei einer Sensibilisierungsaktion in einer Sekundarschule hatten wir eine Klasse nach dem Anteil der Personen aus dem Asylbereich an der Gesamtbevölkerung gefragt. Nur ein einziger Schüler entschied sich für die richtige Lösung: 0,9 Prozent. Alle andern kreuzten die Zahl 12,5 Prozent an. Für ihre zu hoch gegriffene Schätzung benannten sie zwei Gründe: die politischen Plakate und die Zeitungen. Hinzu kam das Unwissen darüber, was denn zum Asylbereich zählt.

In der Überzeugung, dass die Kenntnis der Realität die politische Auseinandersetzung offener macht, gründeten wir also «Le Comptoir des médias». Das Projekt soll zu einer faktisch korrekten, überprüften und ausgewogenen Information zu Asylfragen beitragen.

Medienbeobachtung

Grundlage unserer Arbeit ist eine kontinuierliche Auswertung der Medien, die sich auf unsere eigenen Beobachtungen, ein Netz von Freiwilligen sowie «Google Alerts» stützt, um Artikel bzw. Radio- oder Fernsehsendungen herauszufiltern, die Fehlinformationen enthalten könnten. Wir überprüfen die Fakten und intervenieren anschliessend direkt bei den AutorInnen, um eine Korrektur zu erwirken. Ziel ist, die Journalistin oder den Journalisten auf die Fehler oder die Verdrehung von Fakten und auf die Wirkung hinzuweisen, die der Text oder das Bild beim Publikum erzeugen könnte. Und wir schlagen Quellen und relevante Kontakte vor, die es erlauben, die Informationen zu überprüfen. Wenn die Fehlinformationen in zahlreichen Berichten veröffentlicht werden, erstellen wir eine Gegendarstellung für alle Medien und für das Publikum insgesamt.

Seit nunmehr vier Jahren stöbert Vivre Ensemble Fehler in der Berichterstattung und Vorurteile in Sachen Asyl auf.

Die Reaktionen

Im Regelfall passen die JournalistInnen oder die Medienstellen nach Kenntnisnahme der Fakten ihre Version an oder kommen auf das Thema zurück. Auch wenn ihre Arbeit in Frage gestellt wird, verstehen sie doch die Beweggründe unserer Intervention und bestätigen damit unseren Ausgangspunkt, dass die Verbreitung von Fehlern oder Vorurteilen selten mutwillig und bewusst erfolgt, sondern in erster Linie der fehlenden Kenntnis der Fakten und den immer härteren Arbeitsbedingungen geschuldet sind. Statt anzuprangern suchen wir deshalb den Dialog.

Besuche der Redaktionen von grossen und kleinen Medienunternehmen haben uns in diesem Vorgehen bestärkt. Bei solchen Gelegenheiten vertiefen wir bestimmte Themen oder führen die Debatte über beanstandete Beiträge fort. Diese Treffen waren für beide Seiten lehrreich. Wir lernten die Produktionsbedingungen besser kennen und konnten darlegen, dass es uns nicht darum geht, etwas vorzuschreiben oder JournalistInnen das Wort zu verbieten, sondern ihnen eine bessere Information des Publikums zu ermöglichen.

Das Memo

Die Erfahrungen aus diesen Besuchen und aus den Interventionen haben zur Publikation der «Mémo[ts] à l'intention des journalistes pour parler d'asile et de migration» (meine Worte/Memo für JournalistInnen, um über das Asyl und die Migration zu sprechen) geführt. Es ist ein Werkzeug, das den Medienschaffenden ermöglichen soll, die Begrifflichkeiten des Asyl- und Migrationsthemas besser zu verstehen und



Ein Flyer einer Protestkundgebung für Lamin Fatty, der in einer Arrestzelle gestorben ist (Text rechts). »

die Schutzbedürfnisse, die sie zeigen oder verschleiern wahrzunehmen. Neben einem Glossar beinhaltet die Publikation ethische Regeln, ein Analyseraster für die von staatlichen Stellen publizierten Statistiken, Quellenmaterial und Kontakte. Bei der Erarbeitung hatten wie JournalistInnen miteinbezogen, um ihren Bedürfnissen soweit als möglich gerecht zu werden. Beteiligt waren darüber hinaus diverse Organisationen, das Schweizer Büro des UNHCR, der Presserat sowie die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus.

Die Publikation der «Mémo[ts]» bedeutet eine wichtige Etappe für den «Comptoir des médias». Die Türen der Westschweizer Ausbildungsstätten für Journalismus wurden uns geöffnet, und wir werden zunehmend und frühzeitig von den JournalistInnen konsultiert – ein Zeichen, dass unser Vorgehen gut akzeptiert und verstanden wird. Angesichts der schwierigen Zeiten für die Presse sind wir überzeugt, dass unsere Arbeit nach wie vor nötig ist, um dem Publikum bessere Informationen über Fragen der Migration zukommen zu lassen. Wir hoffen, dass das «Comptoir des médias» auch andernorts Schule macht. Die Anpassung des «Mémo[ts]» für die Presse der Deutschschweiz ist ein erster Schritt.

Sophie Malka

Journalistin, Koordinatorin von Vivre Ensemble

Mehr zum «Comptoir des médias», seinen Gegendarstellungen und Interventionen unter: <https://asile.ch/comptoir-des-medias/>

LAMIN – IN POLIZEIGEWAHRSAM GESTORBEN

Weil er schwarz ist

Lamin Fatty hatte Gambia verlassen und die höllische Odyssee nach Europa überlebt. Wegen seiner Epilepsie brauchte er medizinische Hilfe, erhielt in Italien aber keinen Zugang zu einem Spital. Geschwächt und krank hat er an die Türe der Schweiz geklopft. Am vergangenen 24. Oktober ist er in Lausanne in einer Arrestzelle gestorben, allein. Er war 23 Jahre alt.

Lamin ist gestorben, weil er schwarz ist, weil er am Bahnhof in Lausanne war, weil er einen Wegweisungsbescheid hatte und den Grenzwächtern gegenüberstand, die in den Bahnhöfen Jagd auf Schwarze machen. Sie hätten einen Fahndungsauftrag aus dem Kanton Luzern gehabt. Das zumindest behauptete die Polizei am Tag nach seinem Tod. Zwei Tage später krebste sie zurück und sprach von einer Personenverwechslung.

Seither führt das Schweigen der Polizei und des Universitätsspitals zu immer grösserem Unverständnis, zu Trauer und Wut über das Drama eines Menschen, der dort gestorben ist, wo er nicht hingehörte: im Gefängnis.

Zu viele Fragen bleiben offen: Warum wurde die Identität von Lamin erst drei Tage nach seinem Tod bekannt gegeben? Warum glaubte man ihm nicht? Er sprach Englisch und konnte seine Identität mit seinem Papier ausweisen, das seinen Aufenthalt in einer Nothilfe-Kollektivunterkunft im Kanton Waadt belegte.

Warum hat das medizinische Personal des Universitätsspitals Lamin wieder der Polizei übergeben, nachdem er bei seiner Festnahme zusammengebrochen war? Sie mussten doch wissen, dass bei ihm im September in ebendieser Klinik ein schwerer neurochirurgischer Eingriff am Gehirn vorgenommen worden war und er weiterhin Kontrollen brauchte?

Warum schweigt der Staatsrat und leitet keine Administrativuntersuchung ein?

Warum wurde die Identifizierung der Leiche durch sein engstes Umfeld bis zum 30. Oktober hinausgeschoben?

Wir warten auf Antworten. Aber können wir sichergehen, dass sie glaubwürdig und klar sein werden? Zu oft wird der Tod in Polizeigewahrsam als Schicksal oder Verkettung unglücklicher Umstände verschleiert.

In der Flüchtlingsbewegung und unter den Freunden von Lamin ist die Wut genauso gross wie die Trauer. Wir denken auch an die Familie in Gambia, die ihren Angehörigen nicht mehr sehen wird, der eine Weile weg war und nun in einem Sarg zurückkehrt.

Wir alle, die 800 Menschen, die am 1. November in den Strassen von Lausanne Antworten verlangt haben, verurteilen die Verhaftungen aufgrund der Hautfarbe und die Polizeigewalt, die Tag für Tag gegen «Nichtweisse» ausgeübt wird. Sie verletzen sowohl die Freiheit als auch die körperliche Integrität.



Im Kanton Jura haben die Marschierenden Eden getroffen, eine Frau, die seit sechs Jahren mit ihrem achtjährigen Sohn in der Schweiz lebt und gegen ihre Rückschaffung kämpft

Wir verlangen Gerechtigkeit für Lamin und unterstützen die Klage, die seine Familie sehr wahrscheinlich einreichen wird und die von einem Anwaltskollektiv in Lausanne übernommen werden kann.

Graziella De Coulon

BLEIBERECHT FÜR EDEN UND NAHOM

Petition

Wir können es nicht oft genug sagen: Die Asylpolitik der Schweiz schafft dramatische Lebensumstände. So auch im Fall von Eden und ihrem Sohn Nahom, die nun seit fast sechs Jahren in der Schweiz leben, immer in der Furcht, nach Italien abgeschoben zu werden. 2004, sie war gerade mal 18 Jahre alt, ist Eden aus Eritrea geflüchtet. Ihr Weg nach Europa ist geprägt von sexueller Gewalt. Im November 2006 erhält sie in Italien den Flüchtlingsstatus. Aber wir wissen nur zu gut, wie die Lebensumstände von Flüchtlingen in Italien aussehen: Keine Unterstützung vom Staat, keine Hilfe bei der Wohnungssuche, praktisch keine Aussicht auf eine Arbeit, Gefahr von weiterer sexueller Gewalt. Eden befindet sich so in Rom ohne jede Hilfe und verbringt ihre Nächte auf der Strasse oder auf einem Karton schlafend in den Gängen eines besetzten Hauses. 2008 wird sie schwanger. Ihr ist klar, dass sie unter diesen Umständen kein Kind grossziehen kann, umso mehr als der Kindsvater das Weite sucht. Sie entscheidet sich, für eine bessere Zukunft in die Schweiz zu kommen. Im Juni 2009 kommt ihr Sohn Nahom in Delémont auf die Welt.

Aber ihre Reise ist damit nicht beendet. Da Eden einen Flüchtlingsstatus in Italien hat, wird sie dorthin ausgeschafft. Sie findet sich erneut auf der Strasse wieder, mit ihrem viermonatigen Sohn, der krank ist. Sie versucht ihr Glück in Norwegen, aber alles wiederholt sich: Ausschaffung, Rückkehr in die Schweiz, in den Jura. Dort leben sie jetzt seit fast sechs Jahren, völlig integriert, aber immer noch von der Nothilfe abhängig. Ihre Rechtsbeistandin hat unzählige Rekurse eingereicht, die alle gleich geendet haben: Ausschaffung. Angesichts der Lebensumstände in Italien, der Integration der beiden in der Schweiz und des labilen psychischen Zustands von Eden ist diese Aussicht undenkbar. Aber auch der Status quo kann nicht länger toleriert werden: die Angst, dass die Polizei mitten in der Nacht anrückt, um sie abzuschieben, hat bei Eden eine tiefe Depression ausgelöst.

Angesichts der absoluten Unmenschlichkeit der Schweizer Behörden haben Solidarité sans frontières und das Mouvement jurassien de soutien aux sans-papiers eine Petition lanciert, um die Öffentlichkeit für diesen Fall zu sensibilisieren. Wir verlangen vom Kanton Jura, dass er alles unternimmt, um dieser kleinen Familie zu einer humanitären Aufenthaltsbewilligung zu verhelfen. Nur damit können Eden und Nahom dieser unsäglichen Situation entkommen, die schon viel zu lange andauert hat. (io)

Die Petition kann auf: eden-nahom.strikingly.com unterschrieben werden.





EU-PARLAMENT SCHERT AUS

Dublin IV-Verordnung

Mit einer knappen Mehrheit von Grünen, Linken und SozialdemokratInnen hat sich der zuständige Ausschuss des EU-Parlaments am 19. Oktober 2017 dafür ausgesprochen, das bisherige Dublin-System aufzubrechen und den Entwurf der EU-Kommission vom Mai 2016 für eine erneuerte Dublin-Verordnung in zentralen Punkten abzuändern.

Bisher hat im Dublin-Raum in der Regel derjenige Staat ein Asylverfahren durchzuführen, den die Schutz suchende Person als ersten betreten hat, was logischerweise die Staaten an der Peripherie der EU stärker belastet hat. Der Ausschuss für Bürgerrechte, Inneres und Justiz des Parlaments lehnt nun nicht nur die von der EU-Kommission geforderte neue «Zulässigkeitsprüfung» ab: Asylsuchende, die über einen «sicheren Drittstaat» ausserhalb der EU gekommen sind, hätten umgehend dahin zurück geschafft werden sollen.

Nach Meinung des Parlamentsausschusses soll in Zukunft der zuerst betretene Staat nur noch für die Registrierung der Asylsuchenden und eine Sicherheitsüberprüfung zuständig sein. Bei der Frage, wo das Asylverfahren durchgeführt wird, sollen die Geflüchteten erheblich mehr Einfluss erhalten: Familiäre Bindungen – auch jenseits der engeren Kleinfamilie –, frühere Aufenthalte in einem Dublin-Staat, sprachliche Fähigkeiten und andere kulturelle und soziale Beziehungen sollen den Ausschlag geben. Alle anderen, auf die solche Kriterien nicht zutreffen, sollen jeweils zwischen den vier Staaten auswählen können, die nach Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgrösse die geringste Quote von Asylsuchenden aufweisen.

Darüber hinaus könnten Gruppen von bis zu dreissig Personen (beispielsweise aus derselben Region) beantragen, gemeinsam aufgenommen zu werden.

Ob sich diese Abkehr vom Dubliner Zwangssystem durchsetzt, hängt nicht nur davon ab, dass das Plenum des Parlaments seinem Ausschuss folgt. Wesentlich schwieriger wird die Auseinandersetzung mit der zweiten legislativen Instanz der EU: der Vertretung der Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Rat. Dessen Stellungnahme wird im Frühjahr 2018 erwartet.

(Bu)



Der Kleinlastwagen, der Matratzen, Schlafsäcke und Lebensmittel transportierte

KURDISCHER GEFLÜCHTETER IN KROATISCHER AUSLIEFERUNGSHAFT

Die Interpol-Falle

Nicht erst seit der jüngsten von Präsident Erdogan ausgelösten Repressionswelle verfolgt der türkische Staat Oppositionelle auch dann noch, wenn sie seit Jahren im Ausland leben. Regelmässig bedient er sich dabei der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation Interpol. Internationale Haftbefehle werden über die Interpol-Kanäle lanciert und landen ungeprüft in den Fahndungsdateien ausländischer Polizeibehörden. In den Staaten, in denen sie Asyl erhalten haben oder als Flüchtlinge aufgenommen wurden, sind die Betroffenen zwar sicher. Nehmen sie aber ihre Recht auf Bewegungsfreiheit wahr und reisen ins Ausland, dann droht ihnen die Auslieferung in den Verfolgerstaat oder mindestens monatelange Auslieferungshaft.

Nurettin Oral ist einer der vielen, denen dieses Schicksal widerfahren ist. 2004 hatte ihn das damalige Bundesamt für Migration als Flüchtling anerkannt, ihm aber wegen seiner früheren Tätigkeit für die PKK nur vorläufig aufgenommen. Seitdem lebte er mit seiner Familie in der Nähe von Bern. Auf dem Weg zu einer Hochzeitsfeier in Mazedonien, zu der ihn ein Arbeitskollege eingeladen hatte, geriet er am Abend des 18. Juli 2017 auf der kroatischen Seite der Grenze zu Serbien in eine Polizeikontrolle

und sitzt seitdem in Osijek in Haft. Die Türkei beschuldigt den Kurden des «Separatismus», ein Delikt, das nach türkischem Recht mit bis zu zwanzig Jahren Zuchthaus bestraft wird. Wie das deutsch-schweizer Fernsehen in der Sendung «10vor10» am 6. November berichtete, hat das Bezirksgericht in Vukovar in der ersten Instanz die Auslieferung bewilligt, ist aber dabei auf den Flüchtlingsstatus des Beschuldigten nicht eingegangen. Über den Rekurs von Orals kroatischer Anwältin wird das oberste Gericht in Zagreb voraussichtlich erst in einigen Monaten entscheiden.

Der Fall von Nurettin Oral belegt einmal mehr, dass die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation etwas gegen die Praxis der missbräuchlichen Haftbefehle tun muss. Zum ändern muss die Schweiz endlich die von ihr anerkannten Flüchtlinge aktiv schützen. Es reicht nicht, dass Asylentscheide mit dem Satz garniert werden, dass «die Anerkennung als Flüchtling lediglich für die Schweiz» gelte und die Schweiz «nur beschränkte Einflussmöglichkeiten» bei Auslieferungsverfahren im Ausland habe. Es bedarf der konkreten Warnung oder mindestens effizienter Auskunftsverfahren.

(Bu)

IMPRESSUM

BULLETIN

SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe

2800 deutsch / 650 französisch

Beglaubigte Auflage WEMF:

2482 deutsch / 482 französisch

Gestaltung und Satz

Simone Kaspar de Pont, Genève

Druck und Versand

selva caro druck ag, Fiims Waldhaus

Redaktion

Heiner Busch (Bu), Amanda Ioset (Io), Maria Winker (Wi)

Übersetzungen

Olivier von Allmen, Marianne Benteli, Maria Senn

Lektorat Sosp

Fotos Franziska Stier, Sengül Köker, Bainvegni Fugitivs Marsch

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe

16. Januar 2018

Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2017 inkl. Abo

70.– Verdienende / 100.– Paare /

30.– Nichtverdienende /

120.– Organisationen

Abo

Einzelpersonen 30.– /

Organisationen 50.–

Herausgeberin

Solidarité sans frontières,

Schwanengasse 9

3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon 031 311 07 70

sekretariat@sosf.ch

www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6

IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6

BIC POFICHBEXXX

NEUE PUBLIKATION DES CETIM

Welche Souveränität?

In der Schweiz finden zurzeit zahlreiche Diskussionen über die Landwirtschaft statt. Die von Solidarité sans frontières unterstützte Initiative «Für Ernährungssicherheit. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» schlägt insbesondere vor, unsere Landwirtschaftspolitik vollständig zu überprüfen. Die wichtigsten Ziele bestehen darin, das Recht der Bevölkerung auf eine gesunde und kulturell angepasste Ernährung sowie ihr Recht auf die Definition der eigenen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu garantieren, ohne dabei die Rechte anderer Regionen zu schmälern. Angesichts der Macht multinationaler Konzerne, die den globalen Markt für Samen und Pestizide dominieren und damit einen erheblichen Einfluss auf die nationalen Gesetzgebungen ausüben, stellt sich die Frage der Souveränität und damit der Demokratie in der Lebensmittelproduktion. Aber von welcher Souveränität sprechen wir? Ein kürzlich vom CETIM veröffentlichter Artikel gibt darüber Auskunft.

In «La souveraineté au service des peuples» (Die Souveränität im Dienste des Volkes) stellt der ägyptische Wissenschaftler und Aktivist Samir Amin die Frage der Souveränität ins Zentrum, grenzt sie jedoch gleichzeitig gegen den bürgerlichen Nationalismus ab. Wenn letzterer von den herrschenden Schichten für den eigenen Machterhalt verwendet wird, so ist die Souveränität im Sinne der Völker demgegenüber entscheidend für die Verteidigung einer Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Für den Autor ist klar, dass die europäische Linke eine Souveränität zum Wohle des Volkes verteidigen



muss, die internationalistisch ist und sich dem Neo-Kolonialismus entgegensetzt. Er erachtet dabei die Landwirtschaft als eine der zentralen Herausforderungen dieser «nationalen Frage». Samir Amin zeigt auf, dass die Reproduktion des westlichen Entwicklungsmodells im Bereich der

Landwirtschaft in den Ländern des Südens zum Scheitern verurteilt ist. Für ihn stellt die Wiederherstellung der kleinbäuerlichen Strukturen eine Alternative dar, auch in den Ländern des Nordens, wo die modernen Bauernfamilien «von der Finanzwirtschaft in die Zange genommen werden». Er ruft dazu auf, die landwirtschaftliche Produktion ebenso wie den Boden nicht wie eine gewöhnliche Ware zu behandeln und damit die Agenda der WTO (Welthandelsorganisation) zurückzuweisen, «die ganz einfach das Leben von 2,5 Milliarden Bäuerinnen und Bauern zerstört». Samir Amins Reflexionen untermauern das Engagement von Solidarité sans frontières: Das «Landgrabbing» sowie die Export-Subventionen, die zum Einbruch der Märkte für landwirtschaftliche Produkte und zur Ausdehnung von Monokulturen in den Ländern des Südens führen, sind Gegebenheiten, die Menschen dazu zwingen, ihr Land zu verlassen und «Flüchtlinge» zu werden.

Samir Amin, «La souveraineté au service des peuples suivi de L'agriculture paysanne, la voie de l'avenir!», Publicetim, Genf 2017, Fr. 11.-; Bestellungen an contact@cetim.ch

Zur Unterstützung von Solidarité sans frontières für die Initiative «Ernährungssouveränität» siehe: www.sosf.ch/cms/upload/pdf/SOSF-BULLETIN_1-2015_FR_A4WEB.pdf

ANZEIGE

ClimatePartner^o
wir drucken klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck

die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch



«Ein neues Gesicht auf dem Sekretariat»

Von Februar bis Juni 2018 wird Noémie Christen Amanda Ioset als Generalsekretärin von Solidarité sans frontières vertreten.

Seit einigen Monaten sind wir jeden Morgen zu zweit auf dem Weg von Neuchâtel nach Bern ins Büro von Solidarité sans frontières. Ein kleines Geschöpf entsteht, wächst und strampelt in meinem Bauch: Im kommenden Februar werden wir es endlich in unseren Armen halten! Um die wunderbare Erfahrung der Ankunft eines Kindes voll und ganz leben zu können, habe ich mich im Einvernehmen mit meiner Kollegin und meinem Vorstand von Sosf entschieden, einen verlängerten Mutterschaftsurlaub zu nehmen, nämlich von Anfang Februar bis Ende Juni. Ich gehe diese Pause gelassen an, weiss ich doch, dass meine Arbeit bei Noémie Christen in guten Händen sein wird.

Ich habe Noémie 2015 kennen gelernt, als die «No Bunker»-Bewegung das Grütli-Theater in Genf besetzt hat, um gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in unterirdischen Anlagen zu protestieren. Mit ihrem sowohl politischen wie praktischen Einsatz ist mir Noémie als eine Person in Erinnerung geblieben, die ihr Engagement mit viel Energie und Ressourcen ausgefüllt hat. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, als wir ihr Bewerbungsdossier im Zug einer internen Stellenausschreibung erhalten haben.

Noémie ist in Zürich aufgewachsen. Nach ihrer Matura und einem Sabbatical in Indien und Nepal lässt sie sich in Genf nieder und studiert Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Momentan arbeitet sie an der Universität Lausanne an einem Master in digitalen Geisteswissenschaften, daneben investiert sie viel Zeit in ihre politischen Aktivitäten. Neben der «No Bunker»-Bewegung wurde sie stark durch ihre Zugehörigkeit zu einer feministischen Gruppe in Genf geprägt. Sie empfindet diese Engagements

zwar als sehr unterschiedlich, aber auch komplementär: «Auf der einen Seite eine feministische Gruppe, ohne Männer, die auf eine kontinuierliche Reflexion setzt, auf der anderen eine soziale Bewegung mit ganz verschiedenen Menschen, mit starker politischer Intensität und einer hauptsächlich auf die Öffentlichkeit ausgerichteten Arbeit.»

Während ihrer Vertretung bei Sosf wird Noémie vor allem die Kampagne «Zwischen uns keine Grenzen» weiterführen, die die Zwangsmassnahmen gegen AusländerInnen (Administrativhaft, Aus-

und Eingrenzung) anprangert. Das Thema liegt Noémie sehr nahe, hat sie doch in ihrer Zeit als Hilfsassistentin bei der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgungen gearbeitet. Für sie sind die Zwangsmassnahmen «keine neue Erfindung: die Gefängnisgeschichte der Schweiz ist recht eigentlich die Geschichte vom Wegsperrn unliebsamer Personen, nur deren Profil ändert sich mit der Zeit. Für mich besteht eine Kontinuität von den Zwangsmassnahmen gegen Arme, Frauen und die jenische Bevölkerung zu den heutigen Gesetzen, die

ähnlich funktionieren und die nicht-schweizerische Personen im Visier haben.»

Für Noémie werden diese fünf Monate in Bern eine Brücke sein zwischen einem regionalen Aktivismus an der Basis und einem Engagement in einer gesamtschweizerischen Organisation. Für sie bedingen sich diese beiden Ebenen gegenseitig. «Sie verlieren ihre Kraft, wenn sie getrennt gedacht werden.» Sie freut sich «bei Sosf mitzuarbeiten, neue Kontakte zu knüpfen, das nationale Netz verschiedener Organisationen zu pflegen und möglichst noch auszuweiten.» Die ganze Equipe von Sosf heisst sie willkommen – und ich sage: «Bis auf ganz bald!» (io)

«Für mich besteht eine Kontinuität von den Zwangsmassnahmen gegen Arme, Frauen und die jenische Bevölkerung zu den heutigen Gesetzen, die ähnlich funktionieren und die nicht-schweizerische Personen im Visier haben.»

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Tour de Lorraine – Bern

Samstag, 20. Januar 2018

«Teilhabe für alle. Da, wo wir leben.»

Zahlreiche Workshops zu Migration und Menschenrechte

Weitere Infos: www.tourdelorraine.ch

Austausch-treffen ZiAB

Samstag, 24. Februar 2018

Hôpital des Bourgeois
Rue de l'Hôpital 2, Fribourg.

Mehr Infos: plattform-ziab.ch